

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 18:00 bis 20:30 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Dr. Heinrich Kleinschmidt
Den stv. Vorsitz führte: Ratsfrau Christine Schmidt

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

Oberbürgermeister Alwin Brinkmann

SPD

Ratsherr Dr. Heinrich Kleinschmidt
Ratsfrau Berendine Bamminger
Beigeordneter Bernd Bornemann
Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Beigeordneter Hans-Dieter Haase
Beigeordneter Horst Jahnke
Ratsherr Richard Janssen
Ratsherr Rico Mecklenburg
Ratsfrau Regina Meinen
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsfrau Marianne Pohlmann
Ratsherr Kai-Uwe Schulze
Ratsherr Ihno Slieter
Beigeordneter Johann Südhoff
Ratsherr Richard Woldmer

(bis 20.00 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Ihno Groeneveld
Ratsherr Kurt Hannappel
Ratsherr Reinhard Hegewald
Ratsfrau Monika Hoffmann
Beigeordneter Heinz-Werner Janßen
Ratsherr Hinrich Odinga
Bürgermeisterin Andrea Risius
Ratsherr Benedikt Rosenboom
Ratsherr Werner Vollprecht

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Beigeordneter Erich Bolinius
Ratsherr Rolf Bolinius
Beigeordnete Hillgriet Eilers
Ratsherr Holger Klaassen
Ratsherr Meinhard Meißner
Ratsherr Franz Melles
Ratsherr Roland Riese

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Bündnis 90/Die Grünen

Ratsherr Bernd Renken
Ratsfrau Christine Schmidt
Ratsherr Wulf-Dieter Stolz

von der Verwaltung

Erster Stadtrat Martin Lutz
Städtischer Direktor Heinz-Bernhard Schmidt
Städt. Baudirektor Andreas Docter
Stadtoberamtsrat Dieter Mansholt
Protokollführerin Karin Jetses

ca. 25 Zuhörerinnen und Zuhörer
2 Vertreter der Presse

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Kleinschmidt eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 41 Ratsmitglieder anwesend.

Zunächst gedenkt der Rat eines Verstorbenen:

Am 2. Juni 2005 verstarb im Alter von 68 Jahren der frühere Stadtrat Werner Lieke, der seinen Dienst als Leiter des Rechtsamtes im Jahre 1967 antrat. Ab 1974 bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahre 1998 war er als Dezernent für die Bereiche Sicherheit und Ordnung sowie für die Schulverwaltung zuständig. Die Zusammenarbeit mit dem Rat ergab sich insbesondere durch sein Wirken im Feuerschutz-, im Verkehrs- und im Schulausschuss, wo er seine Fähigkeiten als gelernter Jurist erfolgreich einsetzen konnte. Der Rat der Stadt Emden wird dem Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anschließend gratuliert **Herr Dr. Kleinschmidt** Herrn Hans-Dieter Haase nachträglich zu seinem 50. Geburtstag. Er gibt bekannt, dass das erkrankte Ratsmitglied Jürgen Heinks heute Geburtstag habe. Vom Rat der Stadt Emden werden die besten Glück- und Genesungswünsche übersandt.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Kleinschmidt erklärt, dass die TO um TOP 9 a, Vorlage 14/1715-00 „Bau eines Stigt“ erweitert werden müsse. Hierfür sei eine 2/3-Mehrheit erforderlich. Der Erweiterung der TO wird einstimmig zugestimmt.

Weiter teilt er mit, dass beantragt worden sei, TOP 8, Vorlage 14/1704-01 „Ausgliederungsvertrag zwischen der Stadt Emden und der Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH“ und TOP 9, Vorlage 14/1705-01 „Sachgründungsbericht zur Ausgliederung des Eigenbetriebes Hans-Susemihl-Krankenhaus auf die Klinikum Emden Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH“ der nichtöffentlichen Sitzung in der öffentlichen Sitzung unter TOP 17 a und 17 b zu behandeln.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Herr Dr. Beisser möchte den Grund dieses Vorgehens erfahren. Immerhin seien diese beiden Vorlagen bereits nichtöffentlich im Werksausschuss HSK sowie in der Aufsichtsratssitzung am 01.06.2005 behandelt worden.

Herr Lutz erwidert, dass es erforderlich gewesen sei, die Verträge im Werksausschuss HSK und im Aufsichtsrat zunächst nichtöffentlich zu behandeln. Gem. § 613 a (4) des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) sei den Mitarbeitern der Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH jedoch der Inhalt des Ausgliederungsvertrages und des Sachgründungsberichtes öffentlich mitzuteilen.

Auf Anfrage von **Herrn Riese** erinnert **Herr Brinkmann** daran, dass der Aufsichtsrat grundsätzlich vertraulich tagt. Dem Werksausschuss HSK sei mit der nichtöffentlichen Behandlung der Vorlage Gelegenheit gegeben worden, auch über vertrauliche Dinge, z. B. das Vermögen, sprechen zu können. Er betont, dass die Vorlagen nicht auf die vertrauliche Tagesordnung des Rates gemusst hätten.

Der Behandlung der beiden Vorlagen in der öffentlichen Ratssitzung wird zugestimmt.

Herr H. W. Janßen beantragt im Namen der CDU-Fraktion, TOP 10, Vorlage 14/1710-00 „Straßenbenennung im Gebiet Wasserstadt am Hafentor“ in den Positionen 3 „Promenade am Alten Binnenhafen und 4 „Hafentorplatz“ aufgrund des noch erforderlichen Beratungsbedarfs von der TO zu nehmen.

Herr Haase schlägt vor, die gesamte Vorlage bis zur nächsten Ratssitzung am 21.09.2005 zurückzustellen, da es ansonsten zu einem Splitting des in sich geschlossenen Gebietes „Wasserstadt am Hafentor“ käme. Dem wird so entsprochen.

Herr Dr. Kleinschmidt regt an, die drei Schulvorlagen 14/1743-00, 14/1744-00, 14/1745-00 und 14/1742-00 (Tagesordnungspunkte 13, 14, 15 und 21) gemeinsam zu behandeln und einzeln abzustimmen. Dem wird zugestimmt.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 22 über die öffentliche Sitzung des Rates am 27.04.2005 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Anfragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/499-17
Umsetzung von Ratsausschüssen

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Beschluss:

Der Rat stellt nachfolgende Veränderung in der Besetzung der Ratsausschüsse fest:

Schulausschuss

Sonstiges stimmberechtigtes Mitglied – Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen

Für Herrn Frank Grabbert

Herr Reiner Geerken

einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/1631-02
Besetzung der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH

Beschluss:

Als Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Abfallwirtschaftsgesellschaft Emden mbH werden berufen:

	Mitglied	Vertreter
Verwaltung	Herr Andreas Docter	Erster Stadtrat Lutz
SPD-Fraktion	Herr Ihno Slieter	Herr Richard Janssen
CDU-Fraktion	Herr Hinrich Odinga	Herr Werner Vollprecht

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 7 Vorlage 14/1741-00
Entlastung der Geschäftsführung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, AAGE, für das Geschäftsjahr 2003

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der AAGE – der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH, Emden, - werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2003 anzunehmen
2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2003 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Punkt : 8 Vorlage 14/1714-00
Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben gemäß § 40 i. V.
m. § 89 NGO

Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden stimmt für das Haushaltsjahr 2005 folgenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben des Verwaltungshaushaltes zu:

1. Verwaltungshaushalt - überplanmäßig -

4980-7810 Zuschuss für die Entsorgung von Windesäcken	45.150,86 €
---	-------------

2. Verwaltungshaushalt – außerplanmäßig –

7200-6405 Körperschaftssteuer – DSD -	54.766,00 €
---------------------------------------	-------------

einstimmig

Punkt : 9 Vorlage 14/457-04
40. Änderung des Flächennutzungsplanes (Stadtteil Barenburg, ehemalige Karl-von-Müller-Kaserne);
- Beitrittsbeschluss zur Genehmigung der 40. FNP-Änderung
- Beschluss über Herausnahme der Flächen

Beschluss:

1. Der nach dem Feststellungsbeschluss, zuletzt geändert am 03.03.2005, ergänzte Erläuterungsbericht wird als Bestandteil des Erläuterungsberichtes und somit als Teil der Abwägung beschlossen. Die Reduzierung des Geltungsbereiches um den durchkreuzten Teilbereich wird beschlossen.
2. Den Maßgaben der Regierungsvertretung Oldenburg zur Genehmigung der 40. Änderung des Flächennutzungsplanes (Aktenzeichen RV50-21101-2-02000/40-OI/5/04) wird beigetreten.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür:	039
Dagegen:	002
Enthalt.:	000

Punkt : 9 a Vorlage 14/1715-00
Bau eines Stigt am Schreyers Hoek

Herr Dr. Kleinschmidt gibt den Vorsitz an seine Stellvertreterin Frau Schmidt ab.

Herr Brinkmann erläutert, dass der Bau eines Stigt im Zuge der Entwicklung des Alten Binnenhafens von der Verwaltung vorgeschlagen worden sei. Insbesondere die Anwohner der Straße „Schreyers Hoek“ hätten sich gegen diese Baumaßnahme ausgesprochen. Er weist darauf hin, dass für die Verwaltung aufgrund der zentralen Lage der Bau eines Stigt nur an dieser Stelle in Betracht käme. Bezüglich der gestarteten Bürgerumfrage teilt er mit, dass diese bei zukünftigen Projekten nicht wiederholt würde.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Herr H. W. Janßen erklärt, es gäbe wichtigere Angelegenheiten für die Verwendung der für den Bau eines Stigt erforderlichen 75.000,- € Im übrigen sei bereits (u. a. für den Fremdenverkehr) eine fußläufige Verbindung zwischen der Innenstadt und der Eisenbahnbrücke geplant. Selbst auf die Gefahr hin, dass die Stadt Emden den Zuschuss der EU in Höhe von ebenfalls 75.000,- € verliere, könne er die Baumaßnahme nicht befürworten. Seines Erachtens sei es schwer, den Bürgern der Stadt Emden diese Ausgabe begreiflich zu machen. Immerhin würden überall Leistungen gekürzt. Er begrüße es, dass Bürgerumfragen für Projekte dieser Art zukünftig nicht mehr stattfinden würden. Die CDU-Fraktion werde sich mehrheitlich gegen die Vorlage 14/1715-00 aussprechen.

Herr Dr. Kleinschmidt teilt mit, dass er nicht unmittelbar betroffen sei. Zwischen seiner Wohnung und der geplanten „Veranstaltungstreppe“ läge der Wohnblock Nr. 3 und 4 als Schutz und als Puffer. Die Verwaltung hätte ihm bestätigt, dass er im Sinne von § 26 NGO nicht befangen sei. Wie mehrfach beschrieben, werde sehr viel Lärm zu Unzeiten entstehen. Außerdem werde sich viel Unrat ansammeln (insbesondere auch unter der Treppe). Er frage die Verwaltung, wo in diesem Fall die „hochgelobte“ und auch so oft praktizierte Bürgerbeteiligung bleibe, wie sie z. B. auch bei Straßenpflasterungen wegen der Art der Pflasterung durchgeführt werde. Hier werde eine Veranstaltungsstätte unmittelbar unter den Wohn- und Schlafzimmern der Bewohner eingerichtet. Für ihn sei die Internetbefragung eine Farce gewesen. Hier werde man auch über die rechtliche Unterlassung einer Bürgerbeteiligung nachdenken müssen.

Er erinnert daran, dass eine Treppe ihrer Bedeutung nach zielgerichtet irgendwohin führe (Keller, nächstes Geschoss, Gebäude usw.). Hier führe sie an das Wasser, so dass sich hieraus Gefahren für Kinder und auch alkoholisierte Menschen ergäben, die es dort sicherlich geben werde. Er möchte wissen, wer verhindern wolle, dass die Menschen bei sommerlichen Temperaturen dort schwimmen gingen. Er erinnert an die Situation am Uphuser Meer und die sicherheitsfanatische Haltung der Stadt Emden hierzu und möchte wissen, wo diese Bedenken hier blieben. Er erkundigt sich, ob die AG Ems als Betreiber des Binnenhafens gefragt worden sei, ob sie alle vorgenannten Risiken auf sich nehmen wolle. Sein Hauptgrund, gegen diese Treppe zu sein, sei allerdings, dass hier wieder einmal ein Stück von dem wunderschönen großen innerstädtischen Wasser des Binnenhafens verschwinde. Immerhin habe die Treppe eine Größe von 3 x 40 m. Er nennt als schlechte Beispiele für die Zerstörung innerstädtischer Wasserfläche und Tradition

- die unansehnlichen Planken vor der Rathausplatztreppe,
- die viel zu weit in die Wasserfläche hineinragende Aktionsfläche am Hafentor,
- die Anlegung des Promenadenweges außerhalb der vorhandenen Kaimauer und
- das Hineinsetzen eines sogenannten Kapitänshauses in das Wasser.

Außerdem gäbe es gegenüber der Straße „Schreyers Hoek“ an der Alten Heringsfischerei schon eine Treppe. Von dort aus hätten die Bürger Emdens einen guten Blick über die große Wasserfläche auf die Silhouette der Stadt Emden. Sein Petitum laute daher: „Hände weg vom Bau einer Treppe vor Schreyers Hoek!“

Frau Eilers meint, Herr Dr. Kleinschmidt hätte Horrorszenarien geschildert, die sie an die Bronx, aber nicht an den Lebensraum kultivierter Emdener Bürger erinnere. Die FDP-Fraktion hätte sich vor geraumer Zeit schon für diese Treppenanlage ausgesprochen und der Ausschuss für Stadtentwicklung hätte sich besonders kritisch mit dieser Sache auseinandergesetzt (Suche nach alternativen Standorten usw.). Die Argumente der Verwaltung hätten die FDP-Fraktion überzeugt. Nach ihrer Auffassung sollte auf keinen Fall auf den Stigt verzichtet werden. Die Gründe, die dagegen sprächen, seien ihrer Fraktion sehr wohl bekannt. Die Argumente der CDU-Fraktion könne sie nur bedingt nachvollziehen:

Zum einen werde gesagt, man investiere 75.000,- € in etwas, was die Emdener nicht wollten bzw. bräuchten. Auf der anderen Seite werde per Leserbrief vorgeschlagen, einen alternati-

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

ven Standort zu suchen. Sehr ernst zu nehmen seien dagegen die 60 Anwohner, die sich auf der Unterschriftenliste gegen diese Maßnahme ausgesprochen hätten. Sie weist darauf hin, dass es für die Straße „Schreyers Hoek“ 58 Telefonbucheinträge gäbe. In den meisten Wohnungen lebten zwei Erwachsene. Ihr sei bekannt, dass Wohnungseigentümer gebeten worden seien, mit zu unterzeichnen. Somit hätte nicht einmal die Hälfte der betroffenen Anwohner die Liste unterzeichnet. Die FDP-Fraktion sei der Meinung, dass diejenigen, die es ernst meinten mit der Umsetzung der Watercity-Projekte zur Belebung der Innenstadt und zur Attraktivierung des Binnenhafens, sich nicht gegen den Stigt aussprechen könnten.

Herr Haase begrüßt es, dass die Diskussion öffentlich im Rat ausgetragen werde. Im nicht-öffentlichen VA hätte der Eindruck entstehen können, dass es sich um eine gesellschafts- bzw. parteipolitische Frage handeln könne. Seiner Meinung nach handele es sich um eine Frage, die städtebaulich, ordnungspolitisch, aber auch unter finanziellen Gesichtspunkten genau abzuwägen sei. Er sei der Meinung, dass es Alternativen gegeben hätte. Aufgrund des nicht vorhandenen Fraktionszwanges werde es in seiner Fraktion heute kein einheitliches Stimmverhalten geben.

Er fügt hinzu, dass er inhaltlich nicht die Argumente von Herrn Dr. Kleinschmidt teile. Der Ratsvorsitzende hätte lediglich aus seiner Situation heraus seine Meinung artikuliert. Im übrigen weist er darauf hin, dass jedes Ratsmitglied sich speziell für seinen Stadtteil einsetze. Zur Bürgerumfrage im Internet, an der ca. 400 Bürger der Stadt Emden teilgenommen hätten, erklärt er, dass diese eine Bedeutung gehabt hätte, die sich gegen „0“ neige. Er lehne es ab, Ratsentscheidungen zukünftig von TED-Umfragen, Meinungsbildern oder öffentlicher Wahrnehmung abhängig zu machen. Hiermit mache der Rat sich selber überflüssig.

Herr Bongartz bemängelt die im Internet dargestellten Diskussionen über den Bau des Stigt und teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich nicht wegen der Anwohner, sondern allein aus haltshaltsrechtlichen Gründen gegen den Bau eines nicht zwingend erforderlichen Stigt ausgesprochen hätte. Die Arbeitsgruppe „Haushaltskonsolidierung“ hätte sich teilweise sehr schwer mit den Einsparungen getan. Er möchte wissen, was den Bürgern mitgeteilt werden sollte, die sich über Straßenschäden o. ä. beschwerten und aufgrund fehlender Mittel abgewiesen werden müssten. Im Sinne von Watercity seien in der Stadt Emden bereits genug Projekte verwirklicht worden.

Der zweite Grund sei, dass eine bedeutsame Wasserfläche bei der Umsetzung der Maßnahme verloren ginge. Auch weiteren Maßnahmen dieser Art werde die CDU-Fraktion zukünftig nicht mehr zustimmen. Er weist darauf hin, dass die Touristen auf der Treppe keinen Blick auf den Binnenhafen, sondern lediglich auf die dort anliegenden Boote und die Eisenbahnbrücke hätten. Außerdem seien genügend Promenaden (z. B. unten am Wasser) vorhanden. Oben könnten noch mehr Sitzbänke aufgestellt werden. Er erinnert an die bereits vorhandene Treppe an der Alten Heringsfischerei, wo man einen wunderbaren Blick auf den alten Hafen und die Stadt Emden habe.

Herr Stolz erläutert, dass seine Fraktion durchaus Verständnis für die Anwohner des „Schreyers Hoek“ habe. Allerdings hätte sich der Binnenhafen lange Zeit in einem „Dornröschenschlaf“ befunden. Schreyers Hoek sei nun einmal die herausragende Ecke in diesem Areal. Dieser schöne Ausblick sollte der Öffentlichkeit unbedingt zugänglich gemacht werden. Das Argument von Herrn Dr. Kleinschmidt, dass Ertrinkungsgefahr für Betrunkene bestehe, finde er überzogen. Gerade Emdener Bürger seien den Umgang mit Wasser gewohnt. Zu der Ansammlung von Unrat an dieser Stelle teilt er mit, dass die Stadt Emden ihrer Müllentsorgungspflicht bisher ohne Probleme nachgekommen sei. Im übrigen schließe seine Fraktion sich der Auffassung von Frau Eilers an.

Herr H. W. Janßen verliest ein Zitat von Herrn Erich Bolinius aus der öffentlichen Ratssitzung am 27.04.2005 (S. 11, 5 Abs.):

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

„Eine Kommunalpolitik, die über steigende Einnahmen verfügt, ist leicht zu verkaufen. In Perioden mit hohen Einnahmen verfällt man aber auch leicht darin, Bedürfnissen der Bürgerschaft Rechnung zu tragen, die man später nicht mehr zurückschrauben kann. Eine Politik, die fordert, dass der Gürtel enger geschnallt werden muss, verlangt sehr viel mehr Courage. Das musste schon Ludwig Erhard erfahren. Eine Politik des Füllhorns lässt sich dagegen wesentlich leichter verkaufen. „Es kann nicht Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen, um dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und populär zu machen“, so Werner Fink, der bekannte Schauspieler. Daran hat sich die FDP-Fraktion immer gehalten und wird es auch in Zukunft tun.“

Herr H. W. Janßen bemerkt, dass hier der Anspruch und die Wirklichkeit des Sparens ad absurdum geführt würden.

Herr Buisker bittet um eine grafische Darstellung des Stigt inklusive des langen Bootssteiges. Bezüglich des Ausblickes schließt er sich der Meinung von Herrn Bongartz an.

Herr Ammersken erläutert, dass die Verwaltung dem Rat heute das Budgetbuch 2005 vorgelegt habe. Über die im FB 300 eingestellten 243.000,-- € für Watercity-Projekte sei bereits im Herbst 2004 unter allen Fraktionen abgestimmt worden. Zu dem Zeitpunkt sei das Projekt „Bau eines Stigt“ bereits vorgestellt worden. Ihm sei unklar, warum die CDU-Fraktion nicht damals schon vorgeschlagen hätte, die 75.000,-- € dort herauszunehmen.

Herr E. Bolinius erklärt zu den Ausführungen von Herrn H. W. Janßen, dass er bei der ersten Vorstellung der Baumaßnahme begeistert gewesen sei. Die FDP-Fraktion hätte sich nicht nach der öffentlichen Meinung, sondern nach sachlichen Gesichtspunkten gerichtet. Der Stigt werde langfristig für die Weiterentwicklung der Stadt Emden auf jeden Fall ein Vorteil sein. Die FDP-Fraktion sei sich der Ausgabe über 75.000,-- € bewusst. Im übrigen schließe er sich den Ausführungen von Herrn Ammersken an.

Herr Dr. Kleinschmidt argumentiert zu den Ausführungen von Herrn Stolz, dass es keine Privilegien gäbe, da es sich schon jetzt um einen öffentlichen Ort handele. Bezüglich der alkoholisierten Leute teilt er mit, dass dieser Zustand heute schon zu gewissen Zeiten vorherrsche. Durch die Treppe würde dieser Zustand noch verstärkt. Zu dem Ausdruck „Bronx“ erklärt er, dass der Zustand dort heute schon zum Teil so beschrieben werden könnte. Nach einer kurzen Diskussion nimmt Herr Dr. Kleinschmidt den Vergleich des Zustandes am Schreyers Hoek mit der Bronx wieder zurück.

Herr H. W. Janßen bemerkt, dass in den 13 Sitzungen der Haushaltskonsolidierungsgruppe durchaus über Watercity gesprochen worden sei. Seines Erachtens müsse dieses Geld jedoch nicht für den Bau eines Stigt verwendet werden.

Herr Schulze fragt die Verwaltung, wie der Blick auf den Hafen zukünftig sein werde.

Herr Docter sagt, ein wesentlicher Konzeptinhalt sei es gewesen, die Menschen an das Wasser zu bringen. Die Promenade sei so gestaltet, dass sie nur 50 cm über der Wasserlinie liege. An der alten Heringsfischerei sei ein Steg gebaut worden und im Ostuferbereich werde es ebenfalls eine Möglichkeit geben, um an das Wasser zu kommen. Er teilt mit, dass der Verwaltung sehr wohl bewusst sei, dass aufgrund des vorhandenen Steges vor dem geplanten Stigt Boote liegen könnten. Um trotzdem gute Sicht zu haben, sei diese treppenartige Variante ausgewählt worden. Unten könnte man seine Füße im Wasser „baumeln“ lassen.

Herr Woldmer möchte von Herrn Dr. Kleinschmidt wissen, ob das Plätschern des Wassers der im Hafen geplanten Fontaine die Anwohner des Schreyers Hoek ebenfalls zukünftig stören werde. Er bemängelt die Ausführungen von Herrn Dr. Kleinschmidt bezüglich der Alkoholisierten in dem Bereich „Schreyers Hoek“. Seines Erachtens sei es unerheblich, ob diese

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Personen auf den vorhandenen Bänken oder auf der geplanten Treppe säßen. Ein Ausrutschen auf der Treppe könne er sich nur schlecht vorstellen.

Herr Dr. Kleinschmidt erwidert, dass er die Fontaine nicht besonders gut finde, er diese jedoch akzeptieren werde. Er weist Herrn Woldmer darauf hin, dass alkoholisierte Menschen sich an interessanten Orten einfinden würden. Und eine Treppe würde im Gegensatz zu den Bänken forciert dazu einladen, sich dort für längere Zeit aufzuhalten.

Herr Bornemann beklagt, dass fast ausschließlich über die negativen Seiten des Stigt diskutiert worden sei. Er meint, dass Treppen und Wasser immer eine Faszination ausüben würden. Wenn beides miteinander verbunden werde, könne eine enorme Ausweitung des positiven Gesamtbildes des Rundweges um den alten Binnenhafen erreicht werden. Außerdem würden Auswärtige sich gerne Boote bzw. Schiffe anschauen.

Frau Risius teilt mit, dass sie für die Vorlage 14/1715-00 stimmen werde.

Herr Brinkmann erklärt, er werde dieses Projekt nicht mit Leidenschaft verfechten, da „sein Herz nicht daran kaputt ginge“, wenn die Maßnahme seitens des Rates abgelehnt werde. Er hätte sich jedoch gewünscht, dass mit dieser Maßnahme die gesamte Entwicklung des Binnenhafens gesehen werde. Gerade Auswärtige würden immer wieder die positive Entwicklung des Binnenhafens ansprechen. Er weist darauf hin, dass dieser in den nächsten Jahren ein bedeutender Faktor für den Fremdenverkehr in Emden sein werde und erklärt, dass die 75.000,-- € nichts mit dem Bau bzw. der Sanierung von Straßen zu tun hätte.

Herr Bongartz argumentiert, dass die CDU-Fraktion nicht aufgrund der Bürgerinitiative gegen den Stigt stimmen werde und wiederholt, dass sie keiner Maßnahme mehr zustimmen werde, die weitere Wasserflächen im Binnenhafen wegnehme. Jeder im Rat wüsste, dass diese 75.000,-- € nicht in den Straßenbau investiert werden könnten, da diese an Watercity-Projekte gebunden seien.

Beschluss: Die Stadt Emden schreibt einen Stigt aus mit der Gesamtkostenhöhe von 150.000,-- €

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 023
Dagegen: 016
Enthalt.: 002

Frau Schmidt gibt den Vorsitz wieder an Herrn Dr. Kleinschmidt ab.

Punkt : 10 Vorlage 14/1710-00
Straßenbenennung im Gebiet Wasserstadt am Hafentor

Ergebnis: Dieser TOP wird abgesetzt.

Punkt : 11 Vorlage 14/1711-00
Benennung einer Straße im Bebauungsgebiet E 7 (Stadtteil Twixlum)

Frau Schmidt erklärt, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sehe auch unter dem Aspekt eines zu langen Straßennamens keinen Sinn darin, den Vornamen bei der Straßenbenennung

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

wegzulassen. Sie stellt den Antrag, die im Bebauungsgebiet E 7 neu entstehende Straße „Hermine-Heusler-Edenhuizen-Weg“ zu nennen.

Herr Renken erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Vorfeld dieser Ratssitzung bei der Verwaltung angefragt hätte, ob die Fanny-Hensel-Straße in Fanny Mendelssohn-Hensel-Straße umbenannt werden könne. Dort sei jetzt eine Lösung gefunden worden, die auch den Vornamen beinhalte. Seine Fraktion hätte den Eindruck, dass das zwischen den Fraktionen vereinbarte Ziel, Frauennamen zukünftig mehr zu berücksichtigen, nicht nachhaltig genug durchgesetzt werde. Das Argument, dass die Post mit dieser Regelung Probleme haben werde, hätte ihn nicht überzeugt. Immerhin gäbe es auch in Städten wie Oldenburg usw. Straßennamen mit ca. 32 Zeichen. Die Alternative wäre, eine Erläuterung in kleingedruckter Schrift unter dem Straßenschild anzubringen.

Herr Riese meint, es gebe etliche Straßennamen ohne Vornamen in Emden, die nach Persönlichkeiten benannt worden seien, z. B. Mozart, Schiller-, Brahmsstraße. Eine Systematik sei sowohl bei männlichen als auch bei weiblichen Würdigungen somit nicht gegeben. Seines Erachtens sei bei einer gewissen Bildung klar ersichtlich, wer mit den Straßennamen gemeint sei. Er befürworte die zusätzliche Erläuterung auf den Straßenschildern. Außerdem gehe es nicht in erster Linie um das Geschlecht, sondern um die Person, die zu würdigen sei. Er erinnert an die Vordrucke, die lediglich 20 Zeichen für den Straßennamen zur Verfügung stellten und bittet darum, es bei der in der Vorlage 14/1711-00 vorgeschlagenen Straßenbenennung „Heusler-Edenhuizen-Weg“ zu belassen.

Herr Woldmer bemängelt, dass die Straßenbenennung noch so viel Beratungsbedarf in der heutigen Ratssitzung benötige, obwohl der Vorlage im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung am 25.05.2005 nach ausführlicher Beratung bereits mit Stimmenmehrheit zugestimmt worden sei.

Herr Dr. Kleinschmidt stellt klar, dass die Vorschläge für Straßenbenennungen seinerzeit vom FD Kultur gekommen und im Ausschuss für Stadtentwicklung entschieden worden seien. Heute komme der Vorschlag vom FD Bauaufsicht und werde anschließend im Ausschuss für Kultur und Erwachsenenbildung behandelt. Dieses Verfahren sei viel komplizierter. Anschließend lässt er über den Antrag von Frau Schmidt abstimmen.

Abweichende-
schluss:

Die im Bebauungsgebiet E 7 neu entstehende Straße wird

Hermine-Heusler-Edenhuizen-Weg

benannt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Dafür: 004
Dagegen: 037
Enthalt.: 000

Anschließend lässt **Herr Dr. Kleinschmidt** über die Vorlage 14/1711-00 abstimmen.

Beschluss: Die im Bebauungsgebiet E 7 neu entstehende Straße wird

Heusler-Edenhuizen-Weg

benannt.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Dafür: 037
Dagegen: 004
Enthalt.: 000

Punkt : 12 Vorlage 14/643-03
Entwicklungskonzept Hallenbad Emden

Die Tagesordnungspunkte 12, 13, 14, 15 und 21 werden gemeinsam beraten und einzeln abgestimmt.

Herr Brinkmann erläutert, dass sich mit den TOPs 12, 13, 14, 15 und 21 noch einmal die große Leistungskraft zeige, die die Stadt Emden bis zum Jahre 2003 gehabt hätte. Er begrüße es, dass alle von der Verwaltung entwickelten Projekte zwischenzeitlich auf den Weg gebracht werden konnten. Im Sportausschuss am 19.05.2005 hätte es zu seiner Freude eine fraktionsübereinstimmende Zustimmung zum Konzept des Hallenbades gegeben. Dies sei auch der Grund gewesen, die Verträge schnellstmöglich zu unterschreiben. Er teilt mit, dass für die kommende Woche eine Aufsichtsratssitzung der Wirtschaftsbetriebe geplant sei, in der das „Paket“ auf den Weg geschickt werde. Er bedankt sich bei den Mitarbeitern der Stadt Emden, die die Vorarbeit geleistet hätten.

Der Oberbürgermeister fügt hinzu, dass die Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15 Investitionen in Höhe von 5,5 Mio. € beinhalteten, obwohl es Ziel der Verwaltung gewesen sei, die Nettoneuverschuldung gegen „0“ zu fahren. Dennoch hätte der Rat mit überwiegender Mehrheit erkannt, dass die schulischen Raumprobleme möglichst schnell gelöst werden müssten. Bei der Umsetzung werde versucht, zunächst dem GAT die zusätzlichen Räume zur Verfügung zu stellen. Bei der Pestalozzischule stehe die Genehmigung der Landesregierung zur Ganztagschule noch aus. In diesem Zusammenhang könnte das Bauprogramm noch einmal verändert werden. Dieses gelte auch für die Fachunterrichtsräume am JAG. Er hoffe, dass die Genehmigungen erteilt würden.

Herr Jahnke ist der Meinung, dass der Neubau eines Hallenbades mit einem Investitionsvolumen von 9,5 Mio. € als einzelner Tagesordnungspunkt im Rat behandelt werden sollte. Er erinnert an die vor Jahren entstandene Diskussion über die technischen Probleme im Emdener Hallenbad und die damals geplante Sanierung mit einem Anbau. Er begrüße es, dass heute mit dem gleichen Budget ein neues Allwetterbad (mit aufschiebbarem Dach, Sauna- und Wellnessbereich) gebaut werden könne. Nicht zu vergessen sei, dass das neue Emdener Hallenbad zusammen mit dem Landesmuseum, dem Binnenhafen usw. zur Weiterentwicklung der Stadt Emden beitragen werde. Er nennt die verschiedenen Wünsche, die bezüglich des Hallenbades geäußert worden waren:

- unterschiedliche Wassertemperaturen
- Räumlichkeiten für Sportvereine
- Angebote für Frühschwimmer, Kleinkinder, Jugendliche und den Schulsport

Viele Wünsche hätten berücksichtigt werden können. Ein zusätzliches „I-Tüpfelchen“ sei der von Herrn Stolz gewünschte Naturbadeseesee, wofür ca. 200.000,- benötigt würden. Er sei froh, dass der Rat sich soviel Zeit bei der Entscheidung über das Hallenbad gelassen hätte.

Herr Bongartz schließt sich den Ausführungen von Herrn Jahnke an. Seines Erachtens werde das neue Hallenbad eine Bereicherung für die Stadt Emden sein. Bezüglich des Naturbadesees weist er darauf hin, dass dieser nur den Saunabesuchern zugänglich sein werde.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Herr Meißner schlägt für das Emdener Hallenbad einen Kinderhort für Babys und Kleinkinder vor. Diesen hätte er bei der Besichtigung eines Hallenbades in Hannover gesehen. Das Personal hätte ihm damals mitgeteilt, dass hierdurch Familien mehr mit einbezogen würden.

Herr Stolz weist Herrn Bongartz darauf hin, dass der Naturbadesee bei Zahlung des Eintrittspreises für die Sauna durchaus jedem zugänglich gemacht werden könne. Er bedankt sich bei den Vertretern der Fraktionen der Begleitgruppe für die gute Zusammenarbeit.

Herr E. Bolinius schließt sich den Ausführungen von Herrn Jahnke an. Die FDP-Fraktion werde der Vorlage T 14/643-03 zustimmen. Er bedauere, dass immer mehr Teile der Stadtverwaltung ausgelagert würden. Seines Erachtens sei dies nicht im Sinne der Kommunalverfassung.

Herr Mecklenburg teilt mit, dass die SPD-Fraktion den Vorlagen 14/1743-00, 14/1744-00 und 14/1445-00 (TOP 13 – 15) zustimmen werde, weil dies ein großer Schritt zur schnellen Lösung der Raumprobleme an den beiden Gymnasien und der Pestalozzischule sein werde, die durch die Schulstrukturreform des Landes Niedersachsen entstanden seien. Leider beteilige sich das Land Niedersachsen nicht an den entstehenden Kosten, so dass die Nettoneuverschuldung der Stadt Emden beträchtlich steigen werde. Er bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei der Verwaltung und der Arbeitsgruppe „Gymnasien“, die für die Ermittlung des Bestands und des Bedarfs gesorgt hätte. Seine Fraktion hoffe auf eine zügige Umsetzung der Beschlüsse und appelliere an das Land Niedersachsen, möglichst zeitnah die Ganztagsanträge zu bescheiden und die bereitgestellten Bundesmittel zuzuweisen, damit die Bauvorhaben am JAG und an der Pestalozzischule sich nicht verzögerten.

Herr E. Bolinius erklärt, dass die FDP-Fraktion den Vorlagen 14/1743-00, 14/1744-00 und 14/1445-00 ebenfalls zustimmen werde. Im übrigen schließe er sich den Ausführungen von Herrn Mecklenburg an. Bezüglich der Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen beim Land Niedersachsen sei ihm allerdings bewusst, dass vielmehr Anträge vorlägen, als Mittel vorhanden wären. Er hoffe auf entsprechende Berücksichtigung der Stadt Emden.

Herr Hannappel teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Vorlagen ebenfalls zustimmen werde. Er erkundigt sich, wie hoch die Summe der zu erwartenden Bundesmittel für die Ganztagschulen sei und zu welchem Ergebnis die Verhandlungen im LK Aurich geführt hätten.

Herr Brinkmann antwortet, dass die Zuweisungen für die Ganztagschulen an der Genehmigung der Standorte gekoppelt seien. Die Verwaltung sei daher nicht in der Lage, hierzu Stellung zu nehmen. Tatsache sei aber, dass aus der Bundeshauptstadt Mittel fließen würden. Er fügt hinzu, dass die Stadt Emden sich mit dem LK Aurich auf dem richtigen Weg befinde, um einen fairen Ausgleich für Gastschüler zu erhalten. Es sei jedoch zunächst eine Klärung im eigenen Hause des LK Aurich notwendig.

Beschluss:

Der Rat stimmt dem in der Vorlage Nr. 14/643-02 vorgestellten Entwicklungskonzept sowie dem in der Sitzung des Sportausschusses am 19.05.05 erläuterten Planungsentwurf zum Neubau des Hallenbades Emden zum Gesamtpreis von 9,5 Mio. € zu. Es wird begrüßt, dass auf dieser Grundlage ein Vertrag zur Planung, zum Bau und zur Betreuung eines neuen Hallenbades zwischen den Wirtschaftsbetrieben Emden GmbH und der neu zu gründenden Objektgesellschaft der Vertragspartner geschlossen wird.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Punkt : 13 Vorlage 14/1743-00
Errichtung und Einrichtung von 6 allgemeinen Unterrichtsräumen am Gymnasium am Treckfahrtstief

(siehe TOP 12)

Beschluss:

Das GaT erhält zum Schuljahr 2005/06 einen Anbau mit 6 allgemeinen Unterrichtsräumen je ca. 60 qm in modularer Bauweise. Die Kosten für die Errichtung und für die Einrichtung betragen ca. 600.000 €

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, mit der Gewoba eine vertragliche Regelung über die Errichtung und Einrichtung dieses Anbaus und den Ausgleich der damit verbundenen Kosten abzuschließen. Die Mittel zum Ausgleich der Kosten Höhe von jährlich maximal 67.000 € zzgl. weiterer interner Mehrkosten des städtischen Gebäudemanagements sind dem Fachdienst Schule und Sport ebenso zur Verfügung zu stellen wie Mehrkosten für Energie, Wasser und Gebäudereinigung.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 14 Vorlage 14/1744-00
Errichtung und Einrichtung von 3 allgemeinen Unterrichtsräumen an der Förderschule Pestalozzischule

(siehe TOP 12)

Beschluss:

An der Pestalozzischule fehlen auch bei vollständiger Umsetzung des Raumkonzeptes zum Ganztags schulbetrieb weitere 3 allgemeine Unterrichtsräume zuzüglich der erforderlichen Verkehrsflächen. Die Kosten für die Errichtung und Einrichtung dieser Räume im Rahmen des Ganztags schulkonzeptes belaufen sich auf ca. 730.000 €. Diese Mittel werden dem optimierten Regiebetrieb Gebäudemanagement mit dem Wirtschaftsplan 2006 durch eine zusätzliche Kreditermächtigung zur Verfügung gestellt. Dem Fachdienst Schule und Sport sind die erforderlichen Mittel für die erhöhte Miete und die Nebenkosten (Energie, Wasser, Gebäudereinigung) ebenfalls zur Verfügung zu stellen wie beim JAG Schulkostenausgleich.

Die konkreten Planungen sind aufzunehmen, sobald der Bescheid über die beantragten Fördermittel im Rahmen des Ganztags schulkonzeptes vorliegt. Bis dahin erfolgt die Beschlussfassung unter dem Vorbehalt der Bewilligung der Fördermittel.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 15 Vorlage 14/1745-00
Errichtung und Einrichtung von 15 allgemeinen Unterrichtsräumen sowie 3 naturwissenschaftlichen Fachunterrichtsräumen am Johannes-Althusius-Gymnasium

(siehe TOP 12)

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Beschluss:

Am Johannes-Althusius-Gymnasium fehlen, auch unter Berücksichtigung der vollständigen Umsetzung des Raumkonzeptes zum Ganztagschulbetrieb, langfristig 15 allgemeine sowie 3 naturwissenschaftliche Unterrichtsräume. Die Kosten für die Errichtung und Einrichtung dieser Räume belaufen sich bei vollständiger Umsetzung des beantragten Raumkonzeptes zur Ganztagschule auf ca. 3.933.370 €, ohne die vollständige Umsetzung dieses Raumkonzeptes auf ca. 4.877.760 €. Diese nicht förderfähigen Mittel werden dem optimierten Regiebetrieb Gebäudemanagement mit einem Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2005 und dem Wirtschaftsplan 2006 durch eine zusätzliche Kreditermächtigung in dieser Höhe zur Verfügung gestellt. Dem Fachdienst Schule und Sport sind die erforderlichen Mittel für die erhöhte Miete und die Nebenkosten (Energie, Wasser, Gebäudereinigung) ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Hierzu sollen Einnahmen aus der Erhöhung der Gastschulbeiträge aus Aufrich dienen.

Die konkreten Planungen sind aufzunehmen, sobald der Bescheid über die beantragten Fördermittel im Rahmen des Ganztagschulkonzeptes vorliegt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 16 Vorlage 14/1702-00
Feststellung des Jahresabschlusses sowie des Jahresberichtes 2004 und Beschluss über die Behandlung des Jahresverlustes 2004 des Hans-Susemihl-Krankenhauses

Beschluss: Der Rat der Stadt Emden beschließt gemäß § 30 EigBetrVO den Jahresabschluss und den Lagebericht des Hans-Susemihl-Krankenhauses Emden für das Haushaltsjahr 2004.

Der Jahresfehlbetrag 2004 in Höhe von 2.980.147,41 € ist gemäß § 7 Abs. 4 EigBetrVO aus Haushaltsmitteln der Stadt Emden auszugleichen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 Vorlage 14/1703-00
Entlastung der Werksleitung des Hans-Susemihl-Krankenhauses für das Geschäftsjahr 2004

Beschluss: Der Werksleitung des Hans-Susemihl-Krankenhauses wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 17 a Vorlage 14/1704-01
Ausgliederungsvertrag zwischen der Stadt Emden und der Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH zur Ausgliederung des Vermögens des Eigenbetriebes Hans-Susemihl-Krankenhaus sowie zur Übertragung des Dialysezentrums und der Klinikum Emden – Nebenbetriebsgesellschaft mbH aus dem städtischen Vermögen in die Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH

Die Tagesordnungspunkte 17 a) und 17 b) werden gemeinsam beraten und anschließend in der nichtöffentlichen Sitzung des Rates beschlossen.

Herr Lutz erläutert, dass im Interesse der Mitarbeiter/-innen des Emdener Krankenhauses auch über die Vermögenswerte, die Chancen und die zukünftige Weiterentwicklung der zukünftigen Klinikum Emden gGmbH öffentlich berichtet werden müsse. Er teilt mit, dass mit der Gründung einer GmbH der erste Schritt für wirtschaftlich bessere Zeiten getan worden sei. Ein weiterer Schritt könne ein Klinikverbund in Ostfriesland sein. Entsprechende Vorlagen für den Rat würden in nächster Zeit noch gefertigt. Er berichtet, dass die Stadt Emden ihre Tochter „Krankenhaus“ zur Sicherung ihrer Zukunftsfähigkeit mit einem Stammkapital von 3 Mio. € in die Eigenständigkeit entlassen werde. Hinzu käme eine Kapitalrücklage in Höhe von ca. 3 Mio. €. Außerdem übernehme die Stadt Emden Bürgschaften für teilweise laufende sowie geplante Baumaßnahmen in Höhe von 8,2 Mio. €. Insgesamt werde sich die Stadt Emden heute mit 14,1 Mio. € beim Krankenhaus engagieren. Diese Daten würden den Mitarbeitern in dem Schreiben zur Ausgliederung noch einmal mitgeteilt. Ansonsten handele es sich bei beiden Verträgen um die formelle Umsetzung des Beschlusses der GmbH-Gründung.

Herr Riese meint, s. E. könne ein TOP aus der nichtöffentlichen Sitzung nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit in die öffentliche Sitzung verschoben werden. Er sei erstaunt, dass mittlerweile in öffentlichen Ratssitzungen die vollständigen Tagesordnungen der nichtöffentlichen Sitzungen verlesen würden. Er möchte wissen, ob er als Ratsmitglied das gleiche Recht hätte.

Herr Renken macht sich Sorgen, ob die heute in der öffentlichen Ratssitzung gefassten Beschlüsse aufgrund § 41 (4) NGO überhaupt gültig seien. Immerhin müsse bis zum 31.08.2005 alles „in trockenen Tüchern“ sein. Bei Nichtigkeit der Beschlüsse hätte der Rat ein Stück „Zukunftsarbeit“ für das Krankenhaus gefährdet. Er zitiert aus der Kommentierung von Herrn Robert Thiele. Demnach könne aus der Nichtigkeit von Beschlüssen, die unter Nichtbeachtung dieses Prinzips gefasst würden, gefolgert werden, dass auch die unterlassene öffentliche Bekanntmachung einer Tagesordnung einen schweren Verfahrensfehler darstelle, der die Unwirksamkeit gefasster Beschlüsse zur Folge habe.

Herr Brinkmann erwidert, wichtig für die Gültigkeit der Beschlüsse sei, dass diese in der nichtöffentlichen Sitzung der heutigen Ratssitzung gefasst würden.

Herr Schmidt stimmt dem zu und verweist auf § 45 der NGO. Wenn öffentliche und nichtöffentliche Themen in einer Vorlage vorhanden seien, müssten diese notfalls getrennt in der öffentlichen bzw. vertraulichen Sitzung behandelt werden. Im übrigen führe eine Behandlung öffentlicher Themen in einer nichtöffentlichen Ratssitzung zu einer Nichtigkeit der Beschlüsse.

Herr Haase beantragt, die entsprechenden Beschlüsse in der nichtöffentlichen Ratssitzung zu fassen. Er bemängelt die Mitteilungen von Herrn Lutz über die Übernahme der Ausfallbürgschaften für die Klinikum Emden gGmbH in der öffentlichen Sitzung.

Herr Brinkmann argumentiert, dass Herr Lutz nur das mitgeteilt hätte, was zu verantworten gewesen sei. Außerdem hätte der Rat unter TOP 2 „Feststellung der Tagesordnung“ bei der Abstimmung über die Verschiebung der Vorlagen 1704-01 und 1705-01 von der nichtöffentlichen in die öffentliche Sitzung sein Einverständnis gegeben.

Herr Ammersken meint, es liege ein Formfehler vor, da die Tagesordnungspunkte 5, 6 und 7, Vorlagen 14/1753-00, 14/1754-00 und 14/1755-00, nicht mit in die öffentliche Sitzung übertragen worden seien.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Herr Brinkmann erwidert, dass es nicht erlaubt sei, diese Vorlagen in die öffentliche Sitzung zu übertragen.

Herr Lutz meint, er habe sehr darauf geachtet, nur die Gesamtsumme zu nennen, die die Kapitalausstattung der Stadt Emden gegenüber ihrer Tochter „Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH betreffe. Er habe auch zuvor mit dem Geschäftsführer des Krankenhauses abgestimmt, dass diese Mitteilung die Geschäftsgeheimnisse der Klinikum Emden – Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH nicht schädigen könne. Zur Frage von Herrn Riese erwidert er, dass bezüglich einer solchen Mitteilung kein rechtlicher Unterschied zwischen dem Verwaltungsvorstand und einem Ratsmitglied bestehe.

Herr Dr. Beisser bemerkt, selbst wenn hier ein Formfehler vorliegen sollte, werde dies an dem Konsens nichts ändern. Er bitte um Abstimmung über die Vorlagen.

Herr Brinkmann schlägt vor, die Vorlagen 14/1704-01 und 14/1705-01 zur Beschlussfassung wieder in die nichtöffentliche Sitzung zu „schieben“. Dem wird so entsprochen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 17 b Vorlage 14/1705-01
Sachgründungsbericht zur Ausgliederung des Eigenbetriebes Hans-Susemihl-Krankenhaus auf die Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH

(siehe TOP 17 a)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN/GRUPPEN

Punkt : 18 Vorlage 14/1752-00
Mayors for Peace;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18.05.2005

Herr Renken erläutert die Vorlage 14/1752 und appelliert an Herrn Brinkmann, trotz seiner Bedenken Mitglied bei der im Jahre 1982 gegründeten Initiative „Mayors for Peace“ zu werden. Über die Parteigrenzen hinweg seien Bürgermeister in Deutschland diesem Bündnis beigetreten. Er könne es nicht verstehen, wenn Herr Brinkmann die Unterzeichnung verweigere. Der Verlauf der 33. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in Berlin hätte das Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darin bestärkt, dass der Beitritt der richtige Schritt sei.

Herr Riese ist der Auffassung, dass die Initiative „Mayors for Peace“ einen sehr hohen moralischen Anspruch hätte. Er rät jedoch davon ab, Herrn Brinkmann durch einen Beschluss in dieser Sache zu bedrängen und damit zu verwischen, ob es sich bei der Organisation „Mayors for Peace“ um eine Vereinigung von Bürgermeister/-innen, Hauptverwaltungsbeamten und ehrenamtlichen Bürgermeister/-innen in anderen Orten oder eine Organisation von Städten handele. Seines Erachtens könne der Rat es dem Oberbürgermeister überlassen, ob er sich dieser Initiative anschließen wolle. Ein Ratsbeschluss sollte in dieser Sache keineswegs herbei geführt werden. Damit sei nicht mehr ersichtlich, ob der Mensch Alwin Brinkmann oder die Stadt Emden in diese Organisation hineingewählt werde. Er gibt zu be-

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

denken, dass auch die zukünftigen Oberbürgermeister an diese Organisation gebunden seien. Die FDP-Fraktion werde sich zu dieser Thematik enthalten.

Herr Haase stimmt den Ausführungen von Herrn Riese zu. Es sei allgemein bekannt, dass eine solche Initiative deklaratorischen Charakter hätte. Der Rat begrüße diese Initiative, der man eigentlich alle Unterstützung zubillige. Als „Worst-case“ bezeichnet er den Fall, wenn eine Partei - trotz der guten Absichten dieser Initiative - gegen den Antrag in dieser Form stimmen müsse. Er stellt den Antrag, den zweiten Satz des Beschlussvorschlages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu streichen. Somit werde der Oberbürgermeister zu nichts verpflichtet.

Herr Bongartz schließt sich den Ausführungen von Herrn Riese und Herrn Haase an. Die CDU-Fraktion werde dem geänderten Beschluss zustimmen.

Herr Brinkmann erläutert, er hätte sich aus persönlichen Gründen dazu entschieden, lediglich der Kirche, der Gewerkschaft und der Partei beizutreten. Er hätte kein Problem damit, die Organisation durch den gesamten Rat – und nicht als Einzelperson - zu unterstützen.

Herr Renken erklärt zu den Ausführungen von Herrn Bongartz, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nicht ihr Bedürfnis befriedigen, sondern eine Initiative unterstützen wolle, die für die Menschheit von elementarer Bedeutung sei. Der Oberbürgermeister vertrete die Stadt Emden zwar als Mensch, aber in seinem Amt als Oberbürgermeister. Er müsse die Meinung von Herrn Brinkmann respektieren und werde der Streichung des 2. Satzes des Beschlussvorschlages zustimmen. Er hoffe auf einen einmütigen Beschluss im Rat.

Herr Riese teilt mit, dass die FDP-Fraktion dem geänderten Beschluss zustimmen werde.

Geänderter Beschluss:

Der Rat der Stadt Emden unterstützt die Initiative „Mayors for Peace“.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 19 Vorlage 14/1751-00
Jahresbericht Stadt Emden 2004

Herr Brinkmann teilt mit, dass dieser Bericht gleichzeitig Grundlage für die kommenden Haushaltsberatungen sei und erklärt, dass sich vornehmlich die Frauenbeauftragte Okka Fekken für das Audit „Beruf und Familie“ engagiert habe. Dies sei in den Unterlagen leider nicht aufgeführt worden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 20 Vorlage 14/1713-00
Unterrichtung des Rates von der Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das Haushaltsjahr 2005

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift Nr. 23 über die öffentliche Sitzung des Rates am 09.06.2005

Punkt : 21 Vorlage 14/1742-00
Raumsituation in der Realschule Emden

(siehe TOP 12)

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 22 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

K e i n e

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.